



Redebeitrag der Anhörung zur Absenkung des Wahlalters im Freistaat Sachsen am 11.03.2026

*11.03.2026, gehalten von Tom Kemmner als eingeladener Sachverständiger
13. Sitzung - Ausschuss für Verfassung, Recht und Europa
Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke*

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist Tom Kemmner. Ich bin ehrenamtliches Vorstandsmitglied im Kinder- und Jugendring Sachsen sowie beruflich Geschäftsführer des Stadtjugendrings Leipzig. Ich spreche heute aus der Perspektive der Jugendverbandsarbeit und der politischen Bildung zu Wahlen. Die vielfältigen Perspektiven der Verfassungsjuristen und der Politikwissenschaft liegen mit den Anhörungen der letzten Legislatur und den interessanten Beiträgen ausreichend vor.

Meine Perspektive ist die der Praxis. Die Perspektive der Lebenswirklichkeit junger Menschen in Sachsen.

Seit 2019 koordiniere ich in Leipzig die U18 Kinder- und Jugendwahlen. Im Superwahljahr 2024 war ich zusätzlich Teil der Landeskoordination. Allein in Leipzig beteiligen sich regelmäßig zwischen 1.500 und 2.000 Kinder und Jugendliche an diesen Wahlsimulationen.

Ich habe in den vergangenen Jahren also sehr viele junge Menschen erlebt, die sich mit Wahlen, mit Politik und mit gesellschaftlichen Fragen beschäftigen.

Und deshalb möchte ich eine zentrale These voranstellen:

Die Absenkung des aktiven Wahlalters ist keine Frage der juristischen Möglichkeiten. Sie ist vor allem eine Frage unserer Haltung gegenüber jungen Menschen.

Die entscheidende Frage lautet: **Trauen Sie jungen Menschen Verantwortung zu – oder nicht?**

1. Junge Menschen übernehmen bereits Verantwortung

Junge Menschen stehen derzeit stark im Fokus der Politik.



Seite 2

Wir führen eine vielschichtige Debatte über Schulabstinenz hier in Sachsen, über ein Social Media Verbot auf Bundesebene oder über den Wehrdienst in den Familien und unter Freundesgruppen. In vielen dieser Debatten wird durchaus stark an die Verantwortungsbereitschaft junger Menschen appelliert.

Wenn wir jungen Menschen aber wirklich zu einer Verantwortungsübernahme anhalten wollen, dann dürfen sie nicht ausschließlich Empfänger und Empfängerinnen politischer Entscheidungen sein.

In den U18-Wahlen erlebe ich regelmäßig, wie ernsthaft Jugendliche mit Wahlentscheidungen umgehen. In vielen Wahllokalen diskutieren sie vorher miteinander über Programme, vergleichen Positionen oder informieren sich über Kandidierende. Manche bringen sogar farblich markierter Wahlprogramme und Notizen mit.

Was mich dabei immer wieder beeindruckt: Für viele Jugendliche ist diese Wahl keine Spielerei. Sie nehmen die Wahl, ja auch ihre Parteien und Sie als Politiker ernst – weil Jugendliche sehr wohl merken, dass politische Entscheidungen Auswirkungen auf ihr eigenes Leben haben.

Ein Erlebnis aus der Vorbereitung der Landtagswahl in 2024 ist mir dabei besonders im Gedächtnis geblieben: Wir haben Jugendliche gebeten, Fragen zu formulieren, die sie an Kandidatinnen und Kandidaten stellen möchten. Ein mehrfach genanntes Thema war die Situation der Pflegekräfte in unserem Land.

Das ist vielleicht nicht das erste Thema, das uns hier im politischen Raum einfällt, wenn wir an Jugendpolitik denken.

Aber für diese Jugendlichen war es sehr konkret. Viele von ihnen haben während der Corona-Pandemie erlebt, wie plötzlich Angehörige schwer erkrankten, wie ihre Großeltern gepflegt werden mussten und wie angespannt die Situation bei dem Pflegepersonal ist. Diese Erfahrung hat sie politisch nachhaltig geprägt.

Dieses Beispiel zeigt: Junge Menschen beschäftigen sich weit mehr mit gesellschaftlichen Fragen, als wir ihnen manchmal zutrauen. Jugendliche erklären ihren Großeltern den Wahl-O-Mat. Sie helfen ihren Eltern dabei, Falschinformationen in WhatsApp zu erkennen. Sie engagieren sich in Vereinen, Jugendfeuerwehren oder Initiativen in ihren Gemeinden.

Gerade weil die Jugend eine Phase der Orientierung und Entwicklung ist, ist sie auch eine Zeit, in der junge Menschen lernen, Verantwortung zu übernehmen.



Die demokratische Verantwortung sollte mit diesem Engagement in der Gesellschaft und in der Familie Schritt halten und nicht hinterherhinken.

2. Verantwortung beginnt nicht erst mit 18 Jahren

Ich könnte an dieser Stelle auf viele Beispiele für dieses Schritthalten verweisen. Darauf, dass junge Menschen bereits bei der Europawahl ab 16 wählen dürfen. Oder darauf, dass mehrere Bundesländer das Wahlalter bei Kommunal- oder Landtagswahlen bereits abgesenkt haben.

Aber wir blicken heute auf den Sächsischen Landtag. Deshalb, liebe Parteien, möchte ich einen Blick auf Euch werfen: **In allen im Landtag vertretenden Parteien darf man bereits mit 16 Jahren Mitglied werden.** Mit allen Rechten und Pflichten.

Mit 16 Jahren können junge Menschen:

- an innerparteilichen Debatten teilnehmen,
- Delegierte wählen,
- Programme mitgestalten,
- und teilweise auch Verantwortung in Ämtern übernehmen.

Kurz gesagt: Parteien trauen jungen Menschen zu, an politischen Entscheidungen mitzuwirken. Neben der Jugendarbeit, der Landeszentrale für politische Bildung und Schule ebnen die sächsischen Parteien den Weg zur politischen Teilhabe.

Wenn wir Jugendlichen diese Verantwortung innerhalb der Parteien zutrauen, wirkt es zumindest widersprüchlich, ihnen bei der Wahl des Landtages plötzlich kein Vertrauen mehr entgegenzubringen.

Wer jungen Menschen mit 16 zutraut, in Parteien Programme zu beschließen und Delegierte zu wählen, sollte ihnen auch zutrauen, den Landtag zu wählen.

3. Für eine Demokratie als Lebensform

Als Vertreter der Jugendverbandsarbeit spreche ich für eine sehr vielfältige Landschaft. Im Stadtjugendring Leipzig schließen sich 41 Mitgliedsorganisationen zusammen: religiöse Jugendverbänden, ökologische Organisationen, kulturelle Initiativen, Pfadfinder-



Seite 4

gruppen, migrantische Selbstorganisationen oder humanitäre Verbände wie Feuerwehr und Jugendrotkreuz. Diese Vielfalt jugendlicher Interessen ist manchmal herausfordernd, auch für mich – aber sie ist unsere Stärke: Denn Demokratie lebt nicht davon, dass alle einer Meinung sind. Demokratie lebt davon, unterschiedliche Perspektiven auszuhalten und gemeinsame Lösungen auszuhandeln. Dies ist auch der beachtliche Weg der Landesregierung mit dem Konsultationsmechanismus.

Und genau das lernen junge Menschen jeden Tag in Vereinen, Verbänden und Initiativen, für die ich heute hier bin.

Die Absenkung des Wahlalters ist deshalb kein hektisches Experiment. Sie wäre vielmehr eine konsequente Fortsetzung der Beteiligung, die politisch bereits beschlossen ist.

In der Sächsischen Kommunal- und Gemeindeordnung § 43a und 47a ist festgeschrieben, dass junge Menschen an kommunalen Entscheidungen beteiligt werden sollen. Wenn wir diese Beteiligung ernst nehmen, dann wäre ein Wahlalter mit 16 ein logischer nächster Schritt im Freistaat.

4. Fazit

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal auf den Ausgangspunkt zurückkommen. Die Absenkung des Wahlalters ist keine Frage der technischen Umsetzung.

Am Ende stellt sich eine andere Frage: **Mit welcher Haltung blicken wir auf junge Menschen in unserer Gesellschaft?**

Viele junge Menschen in Sachsen übernehmen Verantwortung – in der Familie, in Vereinen, im Ehrenamt, in Betrieben und in ihren Gemeinden. Die Frage ist deshalb nicht, ob junge Menschen mehr Verantwortung übernehmen können.

Sondern ob wir in Sachsen durch eine Beteiligung an Wahlen ab 16 Jahren mit dem vielseitigen Engagement junger Menschen Schritt halten.
Vielen Dank.

Stadtjugendring Leipzig, 31.03.2026